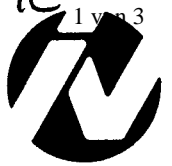


VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	29 -GE'9-86
Datum:	28. APR. 1986
Verteilt	28.4.86 Kollauk

H. Hajek

1986 04 25

Dr. Du/Sve/106

Betrifft: Entwurf einer Novelle
zum Insolvenz-Entgelt-
sicherungsgesetz

In der Beilage übermitteln wir Ihnen 25 Exemplare unserer
Stellungnahme zu obigem Gesetzentwurf.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Dr. Stummvoll

Dr. Dungal

Beilagen



An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

Zl. 37.006/5-3/86

1986 04 22

Dr.Du/Sve/105

Betrifft: Entwurf einer Novelle
zum Insolvenz-Entgelt-
sicherungsgesetz

Zu dem übermittelten Entwurf gestatten wir uns zunächst festzustellen, daß die in den Erläuterungen enthaltene Annahme der Kostenneutralität der vorgeschlagenen Novellierungen wohl doch zu optimistisch ist und mit gewissen Mehrkosten daraus, etwa durch die Einbeziehung weiterer Insolvenztatbestände, zu rechnen ist. Insofern stehen wir den im Entwurf enthaltenen Neuerungen im Hinblick auf die bekannt ungünstige Lohnnebenkostensituation der österreichischen Unternehmen nicht positiv gegenüber.

Zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfes möchten wir noch folgendes feststellen:

- 2 -

Zu § 1 Abs. 2 Z. 4 lit. e:

Gerade im Zusammenhang mit außergerichtlichen Vergleichen kann sich die Frage stellen, ob alle entstandenen Kosten zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung auch wirklich notwendig waren. Im Hinblick auf die ohnehin nur demonstrative Kostenaufzählung könnte diese Bestimmung daher entfallen, ohne daß damit soziale Härten verbunden wären.

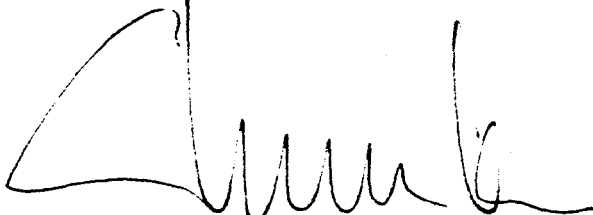
Zu § 1 Abs. 5 Z. 3:

Hier sollte zumindest in den Erläuterungen klargestellt werden, daß bei Prüfung des beherrschenden Einflusses in jedem Einzelfall auf die dem Treuhänder tatsächlich eingeräumten Befugnisse abzustellen ist.

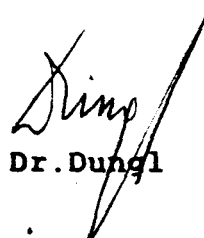
Zu § 6 Abs. 1:

Die hier vorgesehene Schaffung einer Härteklausel muß vom sozialpolitischen Standpunkt grundsätzlich als gerechtfertigt angesehen werden, jedoch halten wir eine Verkürzung der Dreijahresfrist (etwa auf sechs Monate) für angezeigt.

VEREINIGUNG OESTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



Dr. Stummvoll



Dr. Dungal